

Niederschrift

zur Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 18.05.2011	18:00 - 19:40 Uhr	Städtischer Betriebshof, Kommunaler Eigenbetrieb, Friedhofstraße 1, 15517 Fürstenwalde/Spree

Anwesenheit

Vorsitz

Gerold Sachse ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Maria Meinl , Käthe Radom Vertretung für Frau Monika Fiedler , Jurik Stiller ,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann Vertretung für Herrn Uwe Koch,

SPD-Fraktion

Roland Schulze , Anja von Collrepp Vertretung für Frau Elisabeth Alter, Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Eberhard Henkel Vertretung für Herrn Reinhard Ksink, Lothar Hoffrichter ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Andrea Arnold zeitweise, Eckhard Fehse , Andreas Politz zeitweise, Jürgen Roch , Dr. Ingo Wetter ,

Gäste

Sonnhild Beczkowski , Sonja Jänning , Jens-Olaf Zänker ,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler ,

CDU-Fraktion

Uwe Koch ,

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und dankt der Werkleiterin, Frau Beczkowski, dass sich der Städtische Betriebshof als Veranstaltungsort für den Hauptausschuss zur Verfügung stellt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 13 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Besichtigung des Städtischen Betriebshofes und Information über geplante Investitionsmaßnahmen

Die Werkleiterin begrüßt die Anwesenden und lädt zu einem informativen Rundgang auf dem Betriebsgelände ein.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Entscheidung zur Festlegung der Mindestfraktionsstärke 5/337

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und informiert, dass den Kommunen das Recht zusteht, die Mindeststärke der Fraktionen eigenständig zu regeln, um auch kleineren, politischen Gruppierungen Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten einzuräumen.

Bündnis 90/Die Grünen haben inzwischen die Bildung einer Fraktion erklärt.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, im Beschlussvorschlag die Mindestfraktionsstärke auf zwei Mitglieder festzulegen. Er weist darauf hin, dass die Zustimmung zu diesem Vorschlag Änderungen in der Ausschussbesetzung nach sich zieht. Ein entsprechender Antrag von Bündnis 90/Die Grünen liegt vor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt demnach jeweils einen Sitz, den die Fraktion der FDP in den 13er Ausschüssen und die Fraktion DIE LINKE. im Rechnungsprüfungsausschuss verliert. Hier wird die Abg. Radom abberufen. Der Vorsitzende bittet die FDP um Benennung ihrer abzuberaufenden Fraktionskollegen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Mindestfraktionsstärke in der Stadt Fürstenwalde/Spree auf 2 Mitglieder festzulegen.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.2 Gebührensatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten 5/330

Die Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen, Abg. Wagner, fasst die Diskussion im Fachausschuss zusammen. Den Abgeordneten wird eine Übersicht nachgereicht, die ebenfalls im Ausschuss diskutiert wurde und der die Lohnsegmente der Eltern in jeweiligen Kitas zu entnehmen sind.

Der Vorsitzende fragt nach, ob die prozentuale Einkommensberechnung, wie von ihm im Sozialausschuss angeregt, durch die Software realisiert werden kann. Der FGL, Herr Politz, erläutert, dass man dazu mit dem Softwareanbieter in Verbindung steht, eine konkrete Rückmeldung jedoch noch nicht vorliegt.

Der Abg. Schulze fragt nach, in welchen Kitas Kinder mit Behinderungen aufgenommen werden können. Herr Politz informiert, dass einige Kinder einen höheren Betreuungsaufwand benötigen. Hier sind die Eltern gefordert, um die notwendigen Eingliederungshilfen zu beantragen und in Anspruch zu nehmen. Bei Schulkindern steht z.B. die Elternentscheidung frei, ob der Einzelfallhelfer an der Schule oder im Hort eingesetzt wird. Zumeist hat hier die Schule Vorrang. Der Abg. Schulze weist explizit auf die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hin und meint, entsprechende Formulierungen seien in der Satzung nicht haltbar, wenn in absehbarer Zeit Sondereinrichtungen aufgelöst und das Wahlrecht der Eltern gesetzlich verankert werden solle. Herr Politz erklärt, dass sich diese Formulierung dann erübrigt, die Kitas aber auch entsprechend ausgestattet werden müssen.

Weiterer Erläuterungsbedarf besteht nicht.

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage aufgeführte Gebührensatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten wird beschlossen.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 6.3 Satzung der Städtischen Obdachlosenunterkunft Fürstenwalde/Spree 5/331

Unabhängig von der hier in Rede stehenden Satzung wird das Büro der STVV allen Stadtverordneten das vom FGL Soziales, Herrn Politz, ausgearbeitete sozial-integrative Konzept zur Verfügung stellen. Bisher haben es die Mitglieder des Fachausschusses und die Fraktionsvorsitzenden erhalten. Herr Politz weist darauf hin, dass es unabhängig von diesem noch zu diskutierenden Konzept notwendig ist, die längst überfällige Satzung zu beraten und auf den Weg zu bringen. Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Städtischen Obdachlosenunterkunft Fürstenwalde/Spree wird beschlossen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7 Nachbereitung Haushaltsplan 2011/ Haushaltsplan 2012

sh. Positionspapier der FGL Finanzen, Frau Arnold, als Anlage im pdf-Format im Ratsinfosystem.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen bittet um Verständnis für evtl. Verzögerungen, die aufgrund von Antragsfristen und veränderten Vergabemodalitäten für die Mittel der freien Wohlfahrtspflege auftreten können.

Außerdem regt sie eine komplexere Diskussion als sie bisher zum Thema ODU geführt wurde und die entsprechenden haushaltsrelevanten Beschlüsse an. Es wird übereinstimmend verabredet, ein weiteres Thema, nämlich die Vergabe von Kitas in freie Trägerschaften, in der zweiten Halbjahreshälfte ausführlich zu thematisieren.

Der Vorsitzende bittet alle Fraktionen, sich mit den Vorschlägen von Frau Arnold auseinander zu setzen und sie zu diskutieren, um dann auch unabhängig von einer konkreten Haushaltsplanung im Laufe des Jahres wieder darauf zurück zu kommen, Änderungen und Verbesserungen anzuregen und zeitnah umzusetzen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der BM informiert über die Initiative des Landes Brandenburg, am 21.05.2011 zum dritten Mal den Tag des offenen Unternehmens durchzuführen, an dem sich die Stadt Fürstenwalde/Spree auch in der Vergangenheit sehr engagiert beteiligt hat. In diesem Jahr haben über 32 Unternehmen ihre und Ministerpräsident Platzeck seine Teilnahme zugesagt. Der Ministerpräsident wird voraussichtlich gegen 14.45 Uhr in der FGL Lindenstraße eintreffen.

Der FGL, Herr Politz, informiert über den am 22.06.2011 stattfindenden Workshop mit dem Lokalen Bündnis für Familie. Er bittet alle Fraktionen, auch die Nichtmitglieder im Bündnis, einen Vertreter zu entsenden.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Der Vorsitzende informiert, dass die Fraktion DIE LINKE dem STVV-Büro und dem Vorsitzenden der STVV vier weitere Anträge für die 22. Sitzung am 26.05.2011 übersandt hat, dies aber nicht innerhalb der in der Geschäftsordnung geregelten Frist. Er stellt die Antragsinhalte dar und bittet, sie aufgrund der Dringlichkeit in der STVV zu beraten.

Von der Verwaltung erläutert Herr Politz die Problematik zum Antrag Schulesen und weist auf geplante Informationskampagnen von Kreis und Stadt sowie die Antragspflicht der Eltern hin. Er greift auch den Antrag Schulsozialarbeit auf und erläutert, dass der LOS hier seinen Schwerpunkt auf die Thematik Wirtschaft-Schule-Beruf setzt. Auch die örtlichen Träger der Jugendhilfe müssen damit neue Schwerpunkte setzen. Hier sind zunächst der kurze Weg innerhalb des LOS und Impulse aus dem Jugendamt (Jugendhilfeplan) in Rücksprache mit den Kommunen gefragt.

Die SPD-Fraktion sieht bei einem Bundesgesetz kaum Regelungskompetenzen seitens der Stadt. Die Abg. von Collrepp, selbst in einem Jobcenter in MOL tätig, berichtet wie intensiv das Bildungspaket durch die Kreise beworben wird. Einen darüber hinaus reichenden Handlungsspielraum und –bedarf sieht sie deshalb nicht.

Abg. Schulze stellt die Frage -sofern eine gesetzeskonforme Regelung für städtische Einrichtungen getroffen werden kann- welche Regelung dann für die Einrichtungen in freier Trägerschaft greift oder ob die Stadt dafür in Vorleistung gehen will?

Abg. Sachse verweist nochmals darauf, dass die Anträge in der STVV behandelt werden sollten, um die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit dem Jobcenter gangbare Wege zu finden. Er berichtet über ein Erlebnis beim LOS und die fehlende Informationspolitik.

Die Anwesenden beschließen mehrheitlich, diese Anträge in den Fachausschüssen zu beraten und mit dem Diskussionsergebnis in die STVV zu gehen. Die Verwaltung wird sich gleichzeitig mit dem LOS, Herrn Lindemann, ins Benehmen setzen, um gemeinsam die Verfahrensweisen zur Inanspruchnahme der Mittel aus dem Bildungspaket zu beraten.

Abg. Hoffrichter gibt den Hinweis von Anwohnern der Lindenstraße weiter, die in einem ausführlichen Gespräch die Lärmbelästigung, die der Transportverkehr der FGL verursacht, beklagten. Die anderen Fraktionen bestätigen, ebenfalls angesprochen worden zu sein. Die An- und Ablieferungen bei der FGL erfolgen auch an Sonn- und Feiertagen rund um die Uhr. Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass demnächst eine direkte Zuwegung auf die Lindenstraße vorhanden sein wird und die Fahrzeuge diesen Weg dann nutzen. Der Abg. Schulze merkt an, dass das Unternehmen rege investiert und die zusätzliche Zuwegung für separate An- und Abtransporte (Kreisverkehr) genutzt wird. Der Bürgermeister verspricht eine Prüfung des geschilderten Vorgangs und ein Gespräch mit der Geschäftsführung.

Weiterhin macht der Abg. Hoffrichter auf Regenabflussprobleme in der Rathenastraße aufmerksam. Das Regenwasser läuft von der E.-Thälmann-Straße dorthin und weiter in die abzweigenden Nebenstraßen ab. Besonders prekär ist die Situation jetzt, nachdem die Rathenastraße gehobelt

wurde. Er bittet, den Vorgang zu prüfen.

Der Abg. Petenati richtet im Namen der CDU-Fraktion nachfolgende Anfrage an den Bürgermeister als Vertreter in der Flugplatzbetriebsgesellschaft und bittet kurzfristig um schriftliche Beantwortung. Im März dieses Jahres sind vom Flugplatz Flugzeugmodelle abgeholt worden. Wer hat sie abgeholt? Wo sind sie hingekommen? Wer ist eigentlich der rechtmäßige Eigentümer der Modelle? Sind diese Flugmodelle verkauft worden? Wenn ja, für wie viel Geld? Wo ist dieses Geld? Gibt es zu den von uns angefragten Vorgängen um die Flugmodelle Beschlüsse der Gesellschafterversammlung? Wenn ja, wann sind diese den Stadtverordneten mitgeteilt worden?
Der Bürgermeister sagt die Beantwortung zu.

Der Abg. Sachse fragt warum im Stadtzentrum hinter der Reinheimer Straße (blauer Block) keine angemessene Bewirtschaftung des dortigen Spielplatzes erfolgt. Ganz im Gegenteil, dort urinieren Leute und führen ihre Hunde aus. Er bittet, mit der Wowi eine geeignete Möglichkeit zu finden, um diesen Platz der zentralen Lage entsprechend und angemessen zu bewirtschaften und aufzuwerten. Der FBL Bürgerdienste nimmt diesen Hinweis auf.

Abg. Benz hebt lobend die Gestaltung der Buswendestelle am Friedhof hervor und gibt den Hinweis für noch notwendige kleinere Nacharbeiten. Außerdem weist er auf den dringend zu reparierenden Kreuzungsbereich Rauener Straße/A.-Bebel-Straße/Spreebrücke (Landesstraße) hin. Er bittet, sich dazu mit dem LBS in Verbindung zu setzen.

Abg. Wagner fügt ergänzend hinzu, dass Ausbesserungsarbeiten im Bereich des LBS/Tankstellen in der August-Bebel-Straße durch den Landesbetrieb sehr akribisch ausgeführt worden sind. Auch sie betont die Notwendigkeit, den unteren Teil der August-Bebel-Straße ebenfalls zu reparieren. Der FBL Stadtentwicklung wird dazu mit dem Landesbetrieb für Straßenbau das Gespräch führen. Der Bürgermeister bittet, auch die ausgefahrenen Regeneinläufe und losen Pflastersteine an den Straßeneinmündungen anzusprechen. Abg. Hoffrichter bittet um Klärung der Problematik aufgebrochener Straßen, die dann nur mit Pflastersteinen repariert und nicht mehr mit der ursprünglichen Decke überzogen werden. Dies führt schnell zu Unfall- und Gefahrenquellen. Der FBL Stadtentwicklung erläutert, dass diese Stellen nach Kanalisationsarbeiten durch den Zweckverband verfüllt werden und eigentlich nur eine notdürftige, begrenzte Zwischenlösung darstellen sollten.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Gerold Sachse
Vorsitzender

Franka Koch
Schriftführerin

